

Ostermarsch Heidelberg 04.04.2026

Redebeitrag der Linksjugend [solid])

Liebe Genoss:innen, liebe Freund:innen,

Die Militarisierung der Gesellschaft läuft auf Hochtouren. Die seit diesem Jahr geltenden Verschärfungen des Wehrdienstgesetzes beinhalten neben den verpflichtenden Fragebögen und Musterungen auch die Pflicht aller Männer zwischen 17 und 45 Jahren, ihrem Bundeswehrkarrierezentrum Bescheid sagen zu müssen, falls diese länger als 3 Monate die Bundesrepublik verlassen wollen. Eine Regel, die sonst nur im sogenannten „Spannungsfall“ gegolten hätte, tritt nun auch ohne diesen in Kraft.

Die Bundeswehrpropaganda in den Innenstädten, an den Straßenbahnen, im Internet und an den Schulen kennt sowieso keine Grenzen. Die Bundesregierung spart sich keine Mühe dabei, das, wofür sie ohnehin bereit ist, nämlich alle jungen Männer der Republik zum Dienst an der Waffe zu zwingen, auch noch als rentable Karrierechance zu verkaufen. Die Benutzung durch die Bundeswehr soll dabei gleichzeitig die Möglichkeit sein, endlich studieren zu können, eine berufliche Ausbildung zu bekommen, endlich einen Führerschein erwerben zu können oder endlich einmal persönliche Anerkennung zu erlangen. Aber da Führerschein, Abschluss oder Anerkennung durch die eigenen Mitmenschen einem relativ wenig bringen, sobald mensch als Soldat neben seiner Pflichten des Gehorsams und des Tötens auch seiner Pflicht des Sterbens nachgegangen ist, braucht es eines weiteren Anreizes.

Es geht um das Aufopfern. Wir sollen diese Opfer bringen. Wenn nicht um unser patriotischen Pflicht, dann doch wenigstens um unserer Familien und unserer Freund:innen willen. Das Ganze soll einleuchtend sein. Wer diesen Gedanken nicht teilt, wird als moralisch Verkommener getadelt. Unser Zeitalter wird als „post-heroisch“ bemängelt und wer sich dagegen wehrt, wird als politisch naiv abgetan.

Die politische Führung der Bundesrepublik ist längst von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugt, doch sie bleibt in ihren militärischen Ambitionen nicht allein. Trumps Krieg gegen den Iran nimmt weiter Fahrt auf. Israels Bestreben im Libanon beinhaltet die langfristige Besatzung des Südlibanons, sowie die Vertreibung der dortigen Bevölkerung - ein genozidales Vorgehen, welches sich für Israel bereits in Gaza bewehrt hat. Während die NATO-Allianz sich über die neuen Kriege in Westasien uneinig bleibt, tobt in der Ukraine weiterhin der russische Angriffskrieg.

So unterschiedlich die Kriegsziele und ihre Rechtfertigungen auch sein mögen, haben die Kriegstreiber dieser Welt eines gemeinsam: Sie sind bereit, ohne zu zögern die

Menschen, die unter der Herrschaft ihres feindlichen Gegenübers stehen, für ihre Ziele leiden zu lassen. Egal ob Vertreibung wie im Libanon und in Gaza, der Angriff auf Zivilist:innen, wie zum Beispiel der Angriff der USA auf die Mädchenschule in Minab im Iran, bei dem 170 Menschen, größtenteils Kinder, getötet wurden. Und selbstverständlich bleibt die eigene Bevölkerung nicht unverschont. Mit denselben Hinweisen, die uns schon alle von unserer Kriegspropaganda bekannt sind – man solle Opfer bringen, etwa sein Land verteidigen – nehmen Israel, die Ukraine und Russland den größeren Teil ihrer Bevölkerung in den Gebrauch ihrer militärischen Zwecke. Verweigern, Flucht oder anderes Widersetzen wird mit Gefängnis oder schlimmerem bestraft.

Der Krieg treibt die wirtschaftlichen und politischen Krisen der Welt voran. Obwohl man erwarten könnte, dass Kapitalist:innen hier ein Risiko für ihr Geschäft sehen, bewahrheitet sich hier das Gegenteil. Die Konkurrenz der privaten Unternehmen bewerkstelligt den Sprung in die Konkurrenz der Staaten mit Leichtigkeit. Die Aufträge für die Herstellung von Waffen, Panzern und anderem Kriegsmaterial werden mit offenen Armen entgegengenommen, wie zum Beispiel von Autokonzernen wie VW, deren sonstige Auftragslage eher mau aussieht. Genauso profitieren die Ölkonzerne wie ExxonMobil und Chevron davon, dass durch den Krieg gegen den Iran die Ölpreise erhöht werden.

In all diesen Situationen steht eines fest: diejenigen, die diese Kriege anzetteln und die von diesen Kriegen profitieren, sind nicht mit den Menschen zu verwechseln, die für diese Kriege verwendet und verschwendet werden. Dieses Benutzen und Abnutzen von Menschenleben wird durch eine Ideologie ins Recht gesetzt, nämlich durch den Nationalismus. Er ist der Irrglaube, dass das Interesse der Herrschenden, sich in der Konkurrenz der Staaten durchsetzen zu wollen, sei identisch mit dem Interesse der Beherrschten, ihrem Leben nachzukommen. Mit ihm hetzen die Präsident:innen und Bundeskanzler dieser Welt nicht nur in ein vermeintlich feindliches Ausland, sondern teilen auch ihre beherrschten Bevölkerungen auf, in welche, die dazugehören, und welche, die es eben nicht tun.

Alles wird daran getan, um unsere Solidarität zu brechen. Denn die Solidarität aller arbeitenden, pflegenden und lernenden Menschen ist eine Waffe, die alles, was Rheinmetall herstellen kann, übertrifft.

Gemeinsam setzen wir uns dem Krieg, der durch die Länder zieht, entgegen. Wir lernen, kennen und bestehen auf unsere Rechte. Unser Recht auf Kriegsdienstverweigerung, unser Recht, nicht anderen Menschen Tod und Leid zu bringen. Wir zeigen, dass unser Wille stärker ist als ihre Propaganda. Ihrer Bitte nach Opferbereitschaft kommen wir nicht nach. Wir geben nicht unser eigenes Leben her, genauso wenig wie das Leben unserer Kinder, Freund:innen, Mitschüler:innen und Kolleg:innen.

Wir widersetzen uns in der Schule, in den Hochschulen, unseren Arbeitsplätzen und in der Öffentlichkeit all den Versuchen der Herrschenden, ihre Kriege durchzusetzen.

Wir lassen uns dabei nicht davon beirren, dass die Menschen anderer Länder unsere Feind:innen sein sollen. Ist die die Macht der Herrschenden, der Militarist:innen und Profiteur:innen der Kriege erst einmal gebrochen, bauen wir gemeinsam im Bund mit den Völkern der Welt eine neue, eine bessere Welt. Eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg, eine Welt ohne Ausbeuter:innen und Kriegstreiber:innen. Vielen Dank! Hoch die Internationale Solidarität!